

**Oft gestellte Fragen zur BayernLB
Vorentwurf für Information Fraktion und Partei**

1. Was gehört eigentlich alles zur BayernLB?

Eigentümer der BayernLB sind heute zu 94 Prozent der Freistaat Bayern und zu 6 Prozent der Bayerische Sparkassenverband. Bis zu den im Dezember 2008 eingeleiteten Kapitalmaßnahmen in Höhe von 10 Milliarden Euro, die die Pleite der BayernLB abwendeten und alleine vom Freistaat Bayern geschultert wurden, waren Freistaat und Sparkassenverband jeweils zu 50 Prozent Eigentümer der Landesbank.

Die BayernLB hat Anteilsbesitz von 50 Prozent oder mehr an folgenden größeren Unternehmen:

Unternehmen	Sitz	Anteil in %
Deutsche Kreditbank	Berlin	100,0
MKB Bank	Budapest, Ungarn	89,6
Banque LBLux S. A.	Luxemburg, Luxemburg	100,0
BayernLB Capital LLC I	Wilmington, USA	100,0
GBW AG	München	91,9

Unselbständige Einrichtungen sind die Landesbausparkasse Bayern und die Bayerische Landesbodenkreditanstalt.

2. Was sind die Aufgaben der BayernLB nach Bayerischem Landesbankgesetz?

Die eigentliche Idee der Landesbanken war es, die hervorragende Bonität (Kreditwürdigkeit bzw. Zahlungsfähigkeit) der Länder für Wirtschafts- und Strukturpolitik zu nutzen. Da zu Zeiten der Anstaltslast und der Gewährträgerhaftung die Länder für die Verbindlichkeiten ihrer Landesbanken hafteten (wie z.B. auch die jeweilige Kommune für ihre Sparkasse), hatte die BayernLB mit AAA (Triple A, d.h. Ausfallrisiko praktisch Null) das bestmögliche Rating. Damit konnte sich die BayernLB sehr günstig, günstiger als viele private Geschäftsbanken refinanzieren. Von diesem Wettbewerbsvorteil bzw. der zusätzlichen Marge lebten die Landesbanken, finanzierten viele politisch gewollte Projekte und waren oft die „Hausbank“ der jeweiligen Staats- bzw. Landesregierungen.

Laut bayerischem Landesbankgesetz hatte sie die Aufgaben einer Staatsbank sowie einer Kommunal- und Sparkassenzentralbank. Sie hatte den Freistaat und seine kommunalen Körperschaften einschließlich der Sparkassen in der Erfüllung öffentlicher Aufgaben, insbesondere der Strukturförderaufgaben, zu unterstützen. Sie konnte auch alle Arten von Bank- und Finanzdienstleistungsgeschäften unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags betreiben. Mit Änderung vom 27. Juli 2009 wurde zusätzlich in das Gesetz aufgenommen, dass sie eine im Wettbewerb stehende Geschäftsbank ist, die sich regional schwerpunktmäßig auf Bayern, Deutschland und die angrenzenden Wirtschaftsräume Europas konzentriert.

Infolge des Auslaufens von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung im Juli 2005 verschlechterte sich das Rating der BayernLB, die Möglichkeiten der günstigen Refinanzierung, von der die Landesbanken bis dato gelebt hatten, waren nicht mehr vorhanden. Es wurde offenbar, dass die Landesbanken – ohne den Wettbewerbsvorteil der Anstaltslast und Gewährträgerhaftung – kein tragfähiges Geschäftsmodell hatten. So kamen die Verantwortlichen der BayernLB auf die Idee, sich auf dem US Hypothekenmarkt zu engagieren und ABS Papiere zu kaufen oder die Kärntner HGAA zu übernehmen. Beide Aktionen endeten in einem Milliardendebakel.

3. Wer sitzt und saß im Aufsichtsrat der BayernLB?

Siehe Anlage

4. Wie lässt sich die Hypo Group Alpe Adria (HGAA) kurz beschreiben?

Die Hypo Group Alpe Adria (HGAA) ist eine internationale Finanzgruppe mit einer Bilanzsumme von 43 Milliarden Euro und beschäftigt derzeit 8 100 Mitarbeiter. Sie ist das sechstgrößte Geldinstitut Österreichs mit Firmensitz in Klagenfurt am Wörthersee in Kärnten. Die HGAA erbringt Bankdienstleistungen in den Bereichen Kreditgeschäft, Zahlungsverkehr, Außenhandelsfinanzierung, Dokumentengeschäft und Einlagengeschäft, verkauft aber auch Investmentprodukte und bietet Vermögensverwaltungsdienste an. Im Leasinggeschäft konzentriert sich die Bank u. a. auf Kfz, Immobilien, Flugzeuge und Schiffe.

Im Eigentum der HGAA befindet sich ein ziemlich groteskes Sammelsurium unterschiedlichster Investments wie das Schlosshotel Velden am Wörthersee, dort standen Uschi Glas und Roy Black vor der Kamera, Golfanlagen, weitere Hotels, der Lamplhof und Snow-Fun-Anlagen. Im übrigen betreibt die HGAA noch eine Fluggesellschaft in Kärnten mit einem 5 Mio € teuren Privatjet.

Die HGAA ist im Alpe-Adria-Raum in insgesamt zwölf Ländern tätig (Österreich, Italien, Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro, Deutschland, Ungarn, Bulgarien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Ukraine).

Die BayernLB hatte bis zur 100prozentigen Übernahme der HGAA durch die Republik Österreich zum 1.1.2010 eine Beteiligung von 67,08 % an der Gruppe. Die übrigen Eigentümer waren zu 20,48 % die GRAWEGruppe (Grazer Wechelseitige Versicherung AG), zu 12,42 % die Kärntner Landesholding mit Sitz in Klagenfurt und zu 0,02 % Mitarbeiter (Mitarbeiter Privatstiftung, Klagenfurt).

5. Wie lief der Kauf der HGAA durch die BayernLB nach heutigem Kenntnisstand ab?

Das ist im Kern eine der großen Fragen, die der neue Untersuchungsausschuss klären soll.

Was sich aber schon jetzt klar abzeichnet:

Bayern hat Anfang 2007 zum Schaden aller Bürger eine marode, schon in massiver Schiefelage befindliche Bank gekauft – bei der insbesondere alle banküblichen internen Sicherungsmechanismen („Risikomanagement“) nicht vorhanden waren bzw. ausgeschaltet wurden – in besonderer Weise im Bereich Kroatien.

In Österreichischen Zeitungen war das schon damals nachzulesen.

Schon ab Ende 2006/2007 galt:

Wer als Verwaltungsrat oder Mitglied der Staatsregierung wissen wollte wie es um die Bank steht, der konnte es!

Daneben ermitteln derzeit die Staatsanwaltschaften in Deutschland und Österreich, ob es beim Kauf der HGAA auch noch betrügerische Insider-Geschäfte von Vorstand und einer Investoren-Gruppe gegeben hat. Allein hierdurch könnten die bayerischen Bürger zusätzlich um 140 -170 Mio € geschädigt worden sein.

In diesem Zusammenhang ist auch die Frage zu klären ob für die krummen Geschäfte auch noch Parteispenden in Richtung CSU, BZÖ oder ÖVP geflossen sind.

6. Konnte die CSU absehen, dass der Kauf riskant war? Gibt es Äußerungen von CSU-Größen, die demgegenüber den Kauf der HGAA begrüßten?

Euphorisch kommentierte der damalige Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser: „Eine echte Win-Win-Situation wie man heute sagt. Ich meine ein kluger Deal auf beiden Seiten. Kärnten und Bayern können sich gegenseitig beglückwünschen.“ Zutreffender ist wohl eher die Bewertung, dass der damalige Landeshauptmann Jörg Haider dem bayerischen Finanzminister und damit dem Freistaat seine marode und in die Schlagzeilen geratene Bank angedreht hatte.

Hätten die Verantwortlichen in Vorstand und Verwaltungsrat der BayernLB das Risiko kennen können, oder sogar kennen müssen?

Vor der Unterzeichnung des Kaufvertrags am 22. Mai 2007 war immerhin öffentlich in den Medien bekannt:

- Die Wirtschaftsprüfer Confida und Deloitte hatten wegen verdeckter Spekulationsverluste der HGAA die Testate für den Jahresabschluss 2004 zurückgezogen.
- Der damalige Chef der HGAA, Dr. Wolfgang Kulterer, war im Jahr 2006 als Vorstandsvorsitzender zurückgetreten, um seiner Amtsenthebung wegen des Vorwurfs der Bilanzfälschung zu entgehen (wofür er schließlich 2008 zu einer Geldstrafe verurteilt wurde).
- Dieser Dr. Wolfgang Kulterer wechselte nach seinem Rücktritt als Vorstandsvorsitzender auf den Stuhl des Aufsichtsratsvorsitzenden der HGAA. Dafür musste extra die Satzung Bank geändert werden.

In einem Rohbericht der Österreichischen Nationalbank reichten die Vorwürfe gegenüber der HGAA von mangelnder Sorgfaltspflicht über dubiose Liegenschaftsverkäufe bis hin zum Verdacht der Geldwäsche. Angeblich haben diese Informationen die BayernLB erst im Juni 2007 erreicht. Reichlich überheblich tat der damalige Finanzminister Prof. Dr. Kurt Falthäuser, stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates der BayernLB, den Bericht am 3. Juli 2007 im Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtag ab: „Falls die Abgeordneten in der Zeitung lesen sollten, dass die Österreichische Nationalbank irgendwelche Ermahnungen habe verlautbaren lassen, dann müsse dies niemanden beunruhigen. In derartigen Aktionen zeige sich die Wiener ‚Revanche‘ für den Kauf der Hypo Alpe Adria durch die BayernLB, da sich ‚die Wiener Banken das Kärntner Bankhaus selbst aneignen‘ hätten wollen.“ (SZ, 17.07.2007)

7. Die CSU hat gesagt, dass die SPD heute nicht so laut kritisieren sollte, denn sie habe doch selbst 2007 dem Kauf der HGAA zugestimmt. Stimmt das?

Nein.

Der Landtag hat niemals über den Kauf der HGAA abgestimmt.

Es gibt keinen Landtagsbeschluss.

Der Kauf wurde einzig und allein von Vorstand und Verwaltungsrat der BayernLB abgewickelt! In diesen Gremien war und ist kein SPD-Vertreter!

Der Haushaltsausschuss des Landtags wurde **nach dem Kauf** (als der Vertrag bereits rechtsgültig unterschrieben war!) lediglich in einem kurzen Schreiben vom damaligen Finanzminister Falthäuser an den CSU-Vorsitzenden des Haushaltsausschuss Ach **informiert**.

- Am 22. Mai 2007 hatte die BayernLB zur Erlangung der unternehmerischen Führung einen Mehrheitsanteil (50 Prozent plus eine Aktie) an der HGAA erworben.

- Mit Schreiben vom 23. Mai 2007 hatte der damalige Staatsminister der Finanzen, Prof. Dr. Kurt Faltlhauser, den Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags darüber schriftlich informiert. Das Schreiben ist etwas länger als 4 Seiten, preist die HGAA als ideale Ergänzung der BayernLB, spricht von Synergie- und Geschäftspotenzialen sowie Wachstumsmärkten in Zentral- und Osteuropa. Beigefügt ist eine Karte, die auch geographisch die HGAA als ideale Ergänzung der Landesbank darstellen soll.

Diesen Brief gab der CSU-Vorsitzende des Haushaltsausschusses dem Ausschuss zur Kenntnis und verwies auf eine in einer späteren Sitzung mögliche Aussprache.

- Erst am 03. Juli 2007 hatte sich der Haushaltsausschuss dann im Rahmen eines Berichts des Finanzministers über einen Verlust der BayernLB im Aktienhandel in Höhe von 45 Millionen Euro auch mit dem Erwerb der HGAA befasst. Aus dieser Sitzung wird unser damaliger Haushaltssprecher Dupper mit folgendem Satz zitiert: „Die Bayerische Landesbank sei sehr gut aufgestellt. Im nationalen Geschäft aber auch Retail-Geschäft mache die BayernLB eine gute Figur. Im europäischen Wirtschaftsraum sei man mit der MKB und nun auch der Hypo Alpe Adria gut positioniert. Die Hypo Alpe Adria sei günstig zu erwerben gewesen, so dass es sich angeboten habe, das Geschäft zu machen, zumal der osteuropäische Markt ohnehin im Fokus gestanden habe.“

Jürgen Dupper bezog sich in seiner Äußerung auf die vom Finanzminister am 23. Mai gegebene Information, in der der Kauf in höchsten Tönen gelobt wurde.

- Die Grünen waren in dieser Sitzung nicht grundsätzlich gegen den Erwerb der HGAA. Die Grünen wollten sogar noch mehr Engagement der BayernLB auf dem Balkan und nicht weniger. Die HGAA war aus Sicht der Grünen damals nicht zu viel, sondern zu wenig Balkan-Bank. Im Ausschussprotokoll ist nachzulesen: „Abg. Eike Hallitzky (Grüne) bemerkt, er sei nicht unbedingt überzeugt davon, dass der Kauf der Hypo Alpe Adria ein strategisch günstiger Erwerb gewesen sei, weil die Bank zwar in Italien und in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens tätig sei, weniger aber im eigentlichen Südosteuropa.“

Es ist deshalb ein jetzt von den Grünen erfundenes Märchen, dass sie als Mahner vor einem Balkan-Abenteuer gewarnt hätten.

- Auch in der Sitzung am 3. Juli fand keinerlei Abstimmung statt; wozu auch? Die HGAA war längst – ohne Beteiligung des Landtages – von der BayernLB gekauft worden; mit Zustimmung der CSU-Verwaltungsratsmitgliedern in der BayernLB.
- Am 28.11.2007 berichtete Finanzminister Huber nochmals kurz in nichtöffentlicher Sitzung des Haushaltsausschusses. Wiederum keinerlei Beschlussfassung oder Abstimmung.

- Fakt ist:

SPD und Grüne haben sich ein dreiviertel Jahr später in der Haushaltsausschusssitzung am 02. April 2008 **klar gegen** den HGAA Deal ausgesprochen haben. Damals ging es im Rahmen der Beratungen des Nachtragshaushalts 2008 um einen Kapitalzuschuss des Freistaats für die BayernLB zur Finanzierung des Erwerbs der HGAA. **SPD und Grüne lehnten das damals ab und hatten auch entsprechende Anträge vorgelegt.**

Unser Änderungsantrag zum Nachtragshaushalt 2008: LT Drs. 15/10294 vom 25.3.2008
In dieser Sitzung sprach sich Jürgen Dupper ausdrücklich gegen die geplante Kapitalerhöhung bei der BayernLB im Zusammenhang mit dem Ankauf der HGAA aus.

8. Was sind Insider-Geschäfte? Wer hat möglicherweise davon profitiert?

Am 1. Januar 2010 berichtete die Süddeutsche Zeitung, dass sich der Verdacht auf Insider-Geschäfte beim Verkauf der HGAA an die BayernLB erhärtet habe. Demnach soll die Investorengruppe Berlin & Co. AG beim Kauf des 9,09 % Anteils an der HGAA bereits gewusst haben, dass die Bank wenig später von der BayernLB zu einem höheren Preis übernommen wird. Bereits am 31. Januar 2007 soll es in der Münchner Konzernzentrale der BayernLB eine geheime Gesprächsrunde über den geplanten Verkauf gegeben haben, an der die Bank-Manager Werner Schmidt und Wolfgang Kulterer, Vertraute des Kärntner Landeshauptmanns Jörg Haider und Dr. Tilo Berlin anwesend waren. Tatsächlich konnte die Investorengruppe ihre Beteiligung an der Hypo Alpe Adria nach nur kurzer Zeit am 22. Mai 2007 mit hohem Gewinn weiterverkaufen. Dieser soll bei 145 Millionen Euro bzw. sogar bei 170 Millionen Euro liegen.

Insiderhandel bedeutet die Verwendung von Insiderinformationen für Börsengeschäfte und ist ein Begriff des Finanzmarkts, speziell des Aktienmarkts. Insiderhandel ist in Deutschland und den meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine Straftat.

9. Wie viel Geld muss ich als Steuerzahler nun zahlen zur Rettung der BayernLB?

Bislang wurde durch das Debakel der BayernLB vor allem der Haushalt des Freistaats belastet:

- Der Freistaat nahm Ende 2008 Schulden in Höhe von 10 Milliarden Euro auf, um die Pleite der BayernLB abzuwenden. Jeder bayer. Bürger steht für die Bank mit 800 Euro in der Kreide. Damit steigt der bayerische Schuldenberg von 23 auf 33 Milliarden Euro an. 10 Milliarden Euro Schulden kosteten den Freistaat 400 Millionen Euro Zinsen im Jahr 2009. 10 Milliarden Euro übertreffen sogar den bayerischen Bildungsetat, der immerhin 9,5 Milliarden Euro umfasst.

- Die Staatsregierung geht nunmehr davon aus, dass die Zinszahlungen im Jahr 2010 nicht mehr 400 Millionen Euro sondern „nur“ 305 Millionen Euro betragen. 305 Millionen Euro Zinsen pro Jahr, dafür könnten auf Dauer 5.000 zusätzliche Lehrer beschäftigt werden.
- Weitere Zinsverluste entstehen, da nach Auflagen der EU bei der maroden BayernLB solange keine Zinsen auf „stille Einlagen“ ausgezahlt werden dürfen wie staatliche Hilfen in Anspruch genommen werden.
- Das Balkanabenteuer mit der HGAA kostete von Mai 2007 bis Dezember 2009, also in etwas mehr als zweieinhalb Jahren, 3,75 Milliarden Euro (Kaufpreis, Kapitalerhöhungen, Forderungsverzicht). Dem steht der Verkaufspreis von 1 € entgegen!
- Für den Erwerb der HGAA erhielt die BayernLB vom Freistaat Kapital in Höhe von 250 Millionen Euro. 77 Millionen Euro flossen aus Privatisierungserlösen, 173 Millionen Euro wurden aufgebracht, indem Fonds und Kapitalstöcke (z.B. Umweltfonds, Naturschutzfonds, anteilig der Kulturfonds) des Freistaats in Eigenkapital der BayernLB umgewandelt wurden.
- Für die Fonds und Kapitalstöcke bei der BayernLB gab es ursprünglich Zinsen, nach der Umwandlung in Eigenkapital sollte Dividende fließen. Da die BayernLB pleite war und rote Zahlen schreibt, müssen die Zinsen/Dividende jetzt durch Haushaltsmittel des Freistaats ersetzt werden, das sind immerhin 29 Millionen Euro jährlich.

10. Sollten wir nicht die Landesbanken zusammenlegen?

Das ist im Moment keine Perspektive. Es gibt 9 Landesbanken, vier stecken in massiven Problemen. Die BayernLB, die LBBW, die WestLB und die HSH Nordbank AG waren de facto pleite oder sind schwer angeschlagen und können nur mit staatlicher Hilfe überleben, es laufen Beihilfeverfahren bei der EU, BayernLB und LBBW hatten sogar die Staatsanwälte zu Besuch. Unter diesen Voraussetzungen macht eine Zusammenlegung in nächster Zukunft keinen Sinn.

11. „Schrottpapiere in Amerika“ und „Kärntner Skandalbank“ - die einzigen Pannen und Pleiten der BayernLB in den letzten Jahren?

- Ministerpräsident Franz Josef Strauß fädelte im Jahr 1983 den Milliardenkredit an die DDR über die Bayerische Landesbank ein. Die DDR benötigte damals dringende Devisen. Ein Konsortium unter Führung der bayerischen Landesbank lieh der DDR eine Milliarde DM und verlängerte damit das politische Überleben von Honecker, Mielke & Co.

- 1993 wurde die Bank zu hohen Schadensersatzzahlungen an geprellte Kleinanleger im Zusammenhang mit der Mega-Petrol-Affäre verurteilt. Der damalige bayerische Finanzminister Max Streibl förderte das Unternehmen nicht nur als Verwaltungsratsvorsitzender der Landesbank, sondern ließ sich auch als Werbeträger und Festredner von Mega-Petrol bezahlen. Tatsächlich wurden die lukrativen Dividenden nicht aus Gewinnen im Ölgeschäft, sondern wie bei einem Schneeballsystem mit dem Geld der Neuanleger bezahlt. Obwohl die Landesbank davon erfuhr, unterstützte sie Mega-Petrol. Die Landesbank wurde daraufhin „wegen Beihilfe zur sittenwidrigen Schädigung“ zu Schadensersatz an einige Anleger verurteilt. Streibl (inzwischen Ministerpräsident) blieb hingegen unbehelligt: 1996 sprachen ihn die CSU-Mitglieder im Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtages von allen Vorwürfen frei.
- Insgesamt hat die Bayern LB in den Jahren 1998/99 in Südostasien mit dubiosen Geschäften, wobei sie offensichtlich auch Betrügern auf den Leim ging, Verluste in Höhe von 650 Mio. Euro gemacht.
- Die BayernLB war mit 2 Milliarden der mit Abstand größte Gläubiger der im Jahr 2002 insolventen Kirch-Gruppe. Es sollte auch der Einstieg in die Formel 1 finanziert werden. Staatsminister Huber berauschte sich im August 01 über den vermeintlichen medienpolitischen Coup mit der Formel-1: „Wenn ein bayerisches Unternehmen die weltweiten Rechte an dieser faszinierenden Formel 1 hält, dann ist das etwas, was den Einsatz der Staatsregierung notwendig macht. Dafür würden andere Jubelfeste machen. Das ist ein Big Point der bayerischen Medienpolitik.“
- Im Dezember 2008 wurden 10 Mrd € zur Sicherung der „Kernkapitalquote“ in die Bayerische Landesbank gepumpt. Der Zinsaufwand dafür beträgt pro Jahr über 300 Mio €.
- Die Bayerische Landesbank „versenkt“ 3,75 Mrd € mit dem Kauf der maroden Hypo Groupe Alpe Adria bis hin zur Verstaatlichung durch das Land Österreich.